

# Für den Landkreis Göppingen in Berlin



**SPD**

Ausgabe 70 April 2019

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

ist es undemokratisch, jemand nicht ins Bundestagspräsidium zu wählen, der sich nicht von rechtsnationalen Demokratiefeinden distanziert? Ich meine Nein. Der Bundestagspräsident „vertritt den Bundestag und...wahrt die Würde und die Rechte des Bundestages“ – das ist auch die Aufgabe seiner StellvertreterInnen. Ich werde meine Stimme niemand geben, dem ich diese verantwortungsvolle Aufgabe nicht zutraue. Außerdem erinnere ich mich noch gut an die abschätzigen Kommentare aus den Reihen der neuen Fraktion und die vielen Gegenstimmen bei der Wahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten. Das wurde weder in den Medien noch von der AfD als undemokratisch bezeichnet. Zu Recht! Denn Meinungs- und Wahlfreiheit sind wesentlicher Bestandteil der Demokratie.

Wer mit dubiosen Russlandverbindungen, Spendenskandalen und Steuerhinterziehung auffällt und sich nicht von rechtsextremistischen und neonazistischen Kreisen abgrenzt, sollte sich mit Moralappellen zurückhalten. Es ist bedrückend, wie einige AfD-Abgeordnete

und etliche ihrer Mitarbeiter weiterhin Aggressivität in den Gängen und Sälen des Hohen Hauses verbreiten, wie sie in ihren Reden noch immer Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und das Grundgesetz in Frage stellen. Das schadet der demokratischen Kultur in unserem Land, die bisher von überparteilicher Zusammenarbeit, Kollegialität und Respekt vor den demokratischen Regeln geprägt war. Deswegen ist das Wahlergebnis vor allem eins: wenig verwunderlich.

Zur demokratischen Kunst von Diskussion und Ausgleich zurückkehren sollten auch die Mitglieder des britischen Unterhauses. Die Europäische Union, die vormacht, wie's geht, hat ihnen zum wiederholten Mal einen Aufschub gewährt – ein Kompromiss zwischen 27 Staaten mit teils sehr unterschiedlichen Interessen, das sei hier betont. Bis Ende Oktober könnte es sich also noch hinziehen, das Brexitdrama. Eine Lösung vor den Wahlen zum Europaparlament wäre sicherlich der bessere Weg.

Ihre/Eure



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)



## Pflege solidarisch finanzieren

Nach unserem Vorstoß zur Grundrente haben wir als SPD den nächsten Baustein zur Sozialstaatsdebatte geliefert – mit einem Beschluss des Parteivorstands zur Pflege, an dem ich als Pflegebeauftragte unserer Fraktion mitarbeiten konnte. Besonders wichtig ist uns, diejenigen zu entlasten, die sich von den steigenden Pflegeheimkosten überfordert sehen. Dazu wollen wir die Eigenanteile der Pflegebedürftigen deckeln. Denn wir wissen, dass alle Verbesserungen, die für die Zukunft der Pflege wichtig sind – wie bspw. bessere Personalschlüssel, gute Tarife – zu höheren Pflegesätzen führen, wenn wir nicht gegensteuern. Darum wollen wir, dass diese absehbaren Kostensteigerungen von der Pflegeversicherung übernommen werden.

Das **Konzept des Parteivorstands** sieht mehrere Elemente für die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung vor. Es ist an der Zeit, endlich die private und die gesetzliche Pflegeversicherung in der solidarischen Pflegebürgerversicherung zusammenführen. Nur so lässt sich die derzeitige Schieflage beseitigen: Die private Pflegeversicherung hat Versicherte mit höheren Einkommen, die aber wesentlich weniger Leistungen in Anspruch nehmen. Deshalb haben die privaten Pflegekassen momentan knapp 35 Milliarden Euro

an Rücklagen. Zum Vergleich: 2016 gab die private Pflegeversicherung 1,05 Milliarden Euro für Pflegeleistungen aus. Ihre Rücklagen würden also bei gleichbleibenden Inanspruchnahme für 33 Jahre (!) reichen. Während also die Private Pflegeversicherung Geld hortet, das größtenteils nicht ausgegeben werden kann, müssen über neunzig Prozent der pflegebedürftigen Menschen befürchten, von steigenden Eigenanteilen überfordert zu werden, arbeitet das Pflegepersonal am Limit, muss um gute Bezahlung der Beschäftigten in der Pflege permanent gerungen werden. Darum brauchen wir einen Paradigmenwechsel hin zu einem tatsächlich solidarischen System, in dem die starken Schultern mehr tragen als die schwachen. Wir wollen eine Pflegebürgerversicherung, die mit ihren höheren Einnahmen eine qualitätvolle Pflege für alle Menschen ermöglicht.

Im Rahmen unserer Sozialstaatsdebatte werden wir weitere Vorschläge zur Zukunft der Pflege machen. Gleichzeitig arbeite ich aktuell an einem Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion, mit welchem wir Pflege als wichtigen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge beschreiben und daraus weitere politische Maßnahmen ableiten.



## Wenn's einfach wäre...

Was einfach scheint, ist manchmal schwer. Wer eine Verkleinerung des Bundestages fordert, unterschätzt meist die Folgewirkung möglicher Wahlrechtsänderungen. Sowohl der Vorschlag des früheren Bundestagspräsidenten Lammert als auch die nun vorliegenden Vorschläge des aktuellen Bundestagspräsidenten wären eindeutig zum Vorteil der heute schon größten Fraktion. Wenn beispielsweise die ersten 15 Überhangmandate (s. Kasten) nicht ausgeglichen würden, entspricht die Sitzverteilung im Bundestag nicht dem prozentualen Wahlergebnis. Deshalb wird der Schäuble-Vorschlag von allen Oppositionsfraktionen und auch von uns abgelehnt. Denn wir brauchen ein Wahlrecht, bei dem alle Stimmen gleich viel wert sind.

Ja, der Bundestag ist stark gewachsen seit es sechs Fraktionen gibt. Aber auch mit 709 Abgeordneten ist unser Parlament arbeitsfähig. Setzt man die Zahl der Abgeordneten ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, dann hat Deutschland in Europa das drittkleinste Parlament. Die Zeitung mit den großen Lettern titelte: Blähbundestag kostet 1,4 Mrd. €. Ich frage: sind 0,3 Prozent des Staatshaushalts zu viel für eine funktionierende Demokratie?

Wir als SPD werden ernsthaft mitarbeiten an der auch von uns gewünschten Wahlrechtsreform. Aber (ver)hetzen lassen wir uns

nicht. Warum eine Veränderung des Wahlrechts in Ruhe diskutiert und gut überlegt sein muss, erkennt man auch am Vorschlag der zahlenmäßigen Reduzierung der Wahlkreise. Heute umfasst mein Wahlkreis den gesamten Landkreis Göppingen. Bei einer Reduzierung der Gesamtzahl müssen alle Wahlkreise größer werden. Dabei gibt es schon heute dünnbesiedelte Flächenwahlkreise, in denen MdBs an drei Orten Bürgerbüros unterhalten und vom einen zum anderen Rand bis zu zwei Fahrstunden benötigen. Mir ist es wichtig, im Gespräch zu sein mit den Menschen und Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern auch tatsächlich zu verfolgen. Wie kann das gehen in noch größeren Strukturen?

Es ist gut, dass im Ältestenrat ernsthaft an einer Verkleinerung des Bundestages gearbeitet wird, aber einfach ist es eben nicht. Und aus unserer Sicht sollte ebenso verantwortungsvoll daran gearbeitet werden, wie wir die Parlamentsarbeit modernisieren, den Frauenanteil auch bei anderen Fraktionen im Parlament erhöhen und die Präsenz in unseren Wahlkreisen gewährleisten können. Künstliche Aufregung hilft dabei nicht.

Übrigens: Unser Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann hat einen **eigenen Vorschlag** vorgelegt.

**INFO** Ist die Anzahl der Direktmandate einer Partei höher als die Anzahl der Sitze, die ihr gemäß ihres Zweitstimmenergebnisses zusteht, ziehen dennoch alle Direktkandidaten in den Bundestag ein und die Zahl der Abgeordneten erhöht sich um diese sogenannten Überhangmandate. Seit 2013 bekommen die anderen Fraktionen entsprechende Ausgleichsmandate, damit das Verhältnis entsprechend dem Wahlergebnis gewahrt bleibt. Das hatte das Bundesverfassungsgericht angemahnt.



## Zoll stärken, Steuerbetrug bekämpfen

Wir wollen einen fairen Arbeitsmarkt. Und wir wollen, dass Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen. Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug schädigen unsere Gemeinschaft: Durch Steuerbetrug fehlen jährlich Milliardenbeträge für Kindergärten, Schulen, Straßen oder sozialen Wohnungsbau. Betroffene Beschäftigte werden häufig ausgebeutet und arbeiten zu menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. Wenn bei illegaler Beschäftigung Regelungen zum Mindestlohn und Arbeitsschutz unterlaufen werden, geschieht das außerdem auch zum Nachteil der ehrlichen Unternehmen. Deswegen haben wir jetzt ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den Zoll stärken und Schwarzarbeit besser bekämpfen soll. Nicht zuletzt kommen wir damit den Forderungen vieler Bürgermeisterinnen und Bür-

germeister nach, die auf diese Problematik immer wieder aufmerksam gemacht und um Unterstützung gebeten haben. Darum soll die zuständige Sondereinheit beim Zoll gestärkt werden und die Finanzkontrolle Schwarzarbeit erhält zusätzliche Befugnisse und deutlich mehr Personal.

Mit dem Gesetz wird die Grundlage geschaffen, dass sich der Zoll noch wirkungsvoller für faire Arbeitsbedingungen einsetzen kann: Menschen aus dem EU-Ausland werden oft gezielt nach Deutschland gelockt und hier Opfer von Zwangsarbeit und Ausbeutung. Häufig werden sie zudem in Schrottimmobilien unwürdig und zu überhöhten Preisen untergebracht. Dagegen wird der Zoll zukünftig wirkungsvoller vorgehen und ermitteln können.

## Jugend in die Parlamente!



Gemeinsam mit dem Deutschen Bundesjugendring hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Pilotprojekt gestartet: Vertreterinnen und Vertreter von Jugendverbänden konnten eine Woche lang in einem Abgeordnetenbüro hospitieren, um unseren Arbeitsalltag und unsere parlamentarische Arbeit kennenzulernen. Eine super Initiative! Bei mir im Büro als Hospitantin zu Gast war Jana Rocholl aus Schleswig-Holstein.

# Unterwegs im Landkreis

Mit 50 Gästen diskutierten wir im Mühlradsaal in Ebersbach mit Dr. Rolf Mützenich, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion für den Bereich Außenpolitik, Frieden und Menschenrechte und über Krisen und andere Herausforderungen der aktuellen Weltlage.



Was ist los in der Welt...



...in Europa...

Jedes Jahr gehen deutschlandweit Politikerinnen und Politiker am EU-Projekttag in Schulen. Ich diskutierte mit Schülerinnen und Schülern der 11. Klasse im Mörike-Gymnasium in Göppingen über Europa und andere aktuelle Politikthemen.

Drei Mal im Jahr können Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis auf meine Einladung hin das politische Berlin und mich besuchen. Dieses Mal mit dabei waren unter anderem die Grünen Damen aus den Alb-Fils-Kliniken.



... in Berlin?



Überfraktionelle Solidarität — als einzige  
SPDlerin beim VfB-Bundestagsfanclub.  
Gemeinsam für den Klassenerhalt!



## Termine - 13. April bis 17. Mai 2019

Samstag, 13. April bis Montag, 22. April

Urlaub

Mittwoch, 24. April

9:30 Uhr

Bäckereibesuch bei Daiber

Wangen

11:15 Uhr

Tag des Buches

Buchhandlung Dölker

Salach

16:00 Uhr

Bürgersprechstunde

Wahlkreisbüro Sascha Binder Geislingen

Donnerstag, 25. April 15:30 Uhr

Pflegegespräch

Montag, 29. April

15:30 Uhr

Interview bei Radio Fips

18:00 Uhr

Talk im Roth:

„Das Gute Kita-Gesetz – damit es jedes Kind packt“

Bürgerbüro Göppingen

Dienstag, 30. April 9:00 Uhr

Jour fixe mit Peter Hofelich und Sascha Binder

11:15 Uhr

Diskussion mit PflegeschülerInnen

Alb Fils Kliniken

14:15 Uhr

Besuch Wilhelmshilfe

17:00 Uhr

"Die Zukunft der Pflege" – Diskussionsveranstaltung

mit Staatssekretär Andreas Westerfellhaus,

Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege

Herrensaal im Christophsbad

Mittwoch, 1. Mai

Kundgebung auf dem Schillerplatz

Donnerstag, 2. Mai

Wahlkreisbesuch bei Lars Castelucci, MdB (Rhein-Neckar)

17:00 Uhr

"Die Pflege hat Zukunft"

Diskussionsveranstaltung bei der SPD Neckar-Odenwald

Sonntag, 5. Mai, 11:30 Uhr

Ausstellungseröffnung

Bilder von Aylin Yilmazel, Göppinger Künstlerin

Bürgerbüro Göppingen

Montag, 06. Mai bis Freitag, 17. Mai

Sitzungswochen in Berlin

### Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10  
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46  
Fax: 07161 / 504 82 74



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)  
[heike.baehrens.wk@bundestag.de](mailto:heike.baehrens.wk@bundestag.de)

### Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1  
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157  
Fax: 030 / 227 70159



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)